

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die Nebengeplante Nonparelletze 40 Wfa. — Zustand 30 Wfa.
Die viergeplante Reklame-Platzzeile 2 Wfa. — Für die vorstehenden Sonderartikel

Leserpreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mit 7.30. Die Zeit
in Lodz und Umgebung wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark.

Nr. 33

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 80

2. Jahrgang

Wilson's Völkerbund-Programm.

„Holländisch Neuwisbureau“ erfährt aus Paris, daß dieser Tage das Völkerbundsprogramm Wilsons in allen Einzelheiten bekanntgegeben wird. Es wird in Form einer Mitteilung geschieden oder von irgend-einem Mitglied der amerikanischen Delegation, vermuthlich von House, vorgelesen werden. Bei dieser Gelegenheit wird House wahrscheinlich eine Erklärung abgeben, warum diese Angelegenheit so lange hinausgeschoben worden ist. Man hat das Völkerbundsprogramm immer als ein persönliches Programm von Wilson angesehen. Es lag dem Präsidenten fern, aus seiner eigenen Erkenntnis heraus der Welt ein so ungeheuer wichtiges Programm aufzuzwingen. Deswegen legte er Wert darauf, die besten Köpfe Europas zu hören, bevor das endgültige Programm Amerikas bekanntgegeben wird. Dadurch hoffte er gewiß, auf besonderen Widerstand stoßende Minderheiten definitiv ausschalten zu können. Man glaubt in der Tat, daß ihm dies nunmehr gelingen wird. Die amerikanische Delegation hatte bereits während der Verzögerung der Veröffentlichung wahrgenommen, wie sich in der französischen Presse Einflüsse geltend machten, die bei jeder Gelegenheit in langen Berichten nachzuweisen versuchten, daß die Vereinigten Staaten an dem Wert ihres eigenen Präsidenten lebhaft Kritik üben. Nunmehr glaubt man aber die Zeit für gekommen, um die Gesamtaufassung Amerikas in einer einzigen klar gefassten Form zugunsten des amerikanischen Völkerbundsplans zu kristallisieren. Das amerikanische Publikum hat das Recht, alle Einzelheiten der Pläne Wilsons zu erfahren, wie er in dieser Hinsicht durchzuführen gedenkt.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

Aus Genf wird gemeldet: Die Frage der deutschen Kolonien wachst sich immer mehr zu einem Hauptkapitel für die nächsten Monate aus, die sich in die Hände zu teilen wünschen. Wie der „Lancet“ „Progress“ bestätigt, ist eine Verständigung zwischen Amerika und England zu Stande gekommen, wonach mit Ausnahme Deutsch-Ostafrikas die deutschen Kolonien in Afrika „neutralisiert“ werden sollen. Diesem Abkommen sehen Frankreich und Belgien einen entscheidenden Widerstand entgegen. Belgien scheint Deutsch-Ostafrika zu fordern. Frankreichs Wünsche erstrecken sich auf Togo und Kamerun. Dagegen könnte man schon seit einiger Zeit in der Pariser Presse lesen, daß die Hauptlinge der Eingeborenenstämme in diesen beiden deutschen Kolonien telegraphisch, wie es in einer Mitteilung des „Journal“ hieß, veranlaßt unter französisches Protektorat gestellt zu werden. Noch größere Verwirrung herrscht in der Frage der deutschen Kolonien im Stillen Ozean, wo sich die Vegetation der englischen Dominions und Japans stoßen. Japan scheint bereit zu sein, Kiautschau, China zu überlassen. Doch wird diese japanische Konzession andererseits wieder durch die Haltung Chinas hinfällig, das die Revision des japanisch-chinesischen Vertrages verlangt, der, wie chinesische Vertreter bemerken, nach dem Wucher von West-Peking und Budapest abgeschlossen worden sei.

„Daily Chronicle“ meldet aus Paris: Bei der Beratung über das Schicksal der Kolonien trat Wilson für die Internationalisierung der deutschen Kolonien ein.

Weiter stellt fest, daß die Meinung, wonach das zukünftige Schicksal der früheren deutschen Kolonien der Entscheidung des Völkerbundes vorbehalten werden soll, in keiner Weise hebrute, daß eine etwaige Zurückgabe der früheren Besitzungen an Deutschland kommt. Diese Frage ist schon entschieden worden. Es wird indessen dem Völkerbund überlassen werden, letzten Endes die zukünftige Gestaltung der Kolonien im einzelnen festzusetzen.

„Holländisch Neuwisbureau“ meldet aus Paris: Verfügbar der deutschen Kolonien ist folgende Vereinbarung getroffen worden: 1. Keine einzige Kolonie wird an Deutschland zurückgegeben werden. 2. Die Kolonien werden vom Völkerbund übernommen. Da aber die Entscheidung liegt, daß die internationale Verwaltung

von Grundgebieten bis jetzt als mangelhafte Institution sich erwiesen hat, werden die Kolonien an verschiedene Staaten in vormundschaftliche Verwaltung genommen. Es heißt, daß England und Frankreich verlangt haben, daß von dieser Bestimmung einige Ausnahmen gemacht werden, und zwar mit der Begründung, daß gewisse Kolonien in Zukunft integrierende Bestandteile der Dominions werden sollen. Man kann also annehmen, daß die Einteilung so genderrmaßen sein wird:

1. Togo gehört zu französisch-Westafrika.
2. Kamerun zu französisch-Kongo, ein kleiner Teil zu Liberia.
3. Deutsch-Südwestafrika gehört zur südafrikanischen Konföderation, nur ein kleiner Teil davon soll zu Portugiesisch-Angola geschlagen werden.
4. Deutsch-Ostafrika soll zu England kommen, aber ein schmaler Streifen wird für Belgisch-Kongo reklamiert.
5. Kiautschau fällt an China zurück.
6. Der Wilhelm- und Bismarck-Archipel fällt an Australien.
7. Die Karolinen und die Süßeelinseln werden sowohl von Japan als auch von Australien verlangt.
8. Die Marschallinseln werden von Japan und die Salomoninseln von Australien reklamiert, Samoa kommt an Neuseeland.

Eine Erklärung der deutschen Reichsregierung.

Zu der Frage des deutschen Kolonialbesitzes hat die deutsche Regierung folgende Darstellung gegeben:

„In den letzten Tagen ist die ausländische Presse von Paris aus mit zahlreichen Meldungen über die Absichten der Alliierten auf die deutschen Kolonien verlesen worden. Obwohl diese Meldungen keinerlei amtlichen Charakter haben, lassen sie doch mit einiger Gewißheit darauf schließen, daß bei führenden britischen und französischen Staatsmännern die Absicht besteht, eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte zu verhindern. Demgegenüber weist die deutsche Reichsregierung darauf hin, daß die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Frage auch von den Alliierten ohne Einschränkung angenommen worden sind. Die Pläne, die darauf hinausgehen, Deutschland vom Besitz kolonialer Gebiete auszuscheiden, stehen nicht nur zu dem Wilsonschen Friedensprogramm in tristem Gegensatz; sie erweisen überdies im deutschen Volk, das von seinen Gegnern einen Frieden des Rechts erwartet, ein Gefühl tieferster Enttäuschung.“

Für Deutschlands Ausschließung vom Kolonialbesitz liegt keinerlei Grund vor. Die Behauptung der Eingeborenen, auf die unsere Gegner sich gern berufen, war in den deutschen Kolonien zum mindesten nicht schlechter als in denen unserer Gegner, und die Befürchtung, Deutschland könne seinen Kolonialbesitz zu Unvollständigkeiten und Plotsenstücken benutzen, entbehrt jeder Begründung von dem Augenblick an, in dem die deutsche Kolonialverwaltung sich offen und rückhaltlos zu dem Wilsonschen Völkerbunds- und Abrüstungsge danken bekannte. Die Meldungen ausländischer Blätter, daß auch Präsident Wilson den Vorschlägen der Alliierten, das deutsche Volk vom Kolonialbesitz auszuschließen, zugestimmt habe, dürften wohl dem Wunsch chauvinistischer Diplomatenkreise, aber nicht den Tatsachen entsprechen. Es ist nicht anzunehmen, daß Präsident Wilson seine eigenen Grundsätze preisgibt.“

Die P. A. T. verbreitet folgenden Funkspruch aus Berlin: Die Demokraten werden auf der Nationalversammlung die Forderung auf Rückgabe der deutschen Kolonien stellen und sie damit begründen, daß die junge deutsche Republik zur Sicherung ihres Lebens gleiche wirtschaftliche Rechte in den internationalen Beziehungen erhalten müsse.

Die Aufrechterhaltung der Blockade.

Nur erzählt, daß seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von verschiedenen Seiten ein starker Druck ausgeübt worden ist, um die Häfen der Blockade zu mildern. Die Möglichkeit von Zugeständnissen, wo sie gemacht werden könnten, beschäftigt sehr die Aufmerksamkeit der assoziierten Regierungen. Die alliierte Blockadekommission, die die Großmächte vertritt, tagt dauernd und ist damit beschäftigt, Zugeständnisse einzuräumen, wo immer die neue Zone solche durchführbar erscheinen läßt. Außerdem ist der Oberste Rat der Vorkommnisse

und Hilfswerke mit der Eröffnung des Lebensmittelhilfe beschäftigt. Man ist der Ansicht, daß, solange die Blockade gegen die Türkei aufrechterhalten bleibt, bezüglich Südosteuropas eine viel liberalere Politik berechtigt ist angesichts der Tatsache, daß die Möglichkeit einer Unterbrechung des Lebens durch die Milderung der Blockade für diese Gegenden sehr fern liegt. Was die Mittelmächte anbelangt, so wird die Blockade, abgesehen von den Lebensmittelvereinbarungen des Obersten Rats, dessen Aufgabe es ist, die Lebensmittelbedürfnisse Europas zu überwachen und nach eigenem Gutachten die Versorgung vorzunehmen, tatsächlich in ihrem vollen Maße aufrechterhalten.

Holländisch Neuwisbureau meldet aus Washington: Das Lebensmittelamt stellt fest, daß für Europa einschließlich Deutschlands und des früheren Österreich-Ungarns für das Jahr 1919 728 Millionen Bushels Getreide notwendig sind. Hier von haben Kanada, Argentinien und Australien einen Ueberschuß von 493 Millionen, während die Vereinigten Staaten einen Ueberschuß von 277 Millionen Bushels haben. Daraus würde sich ein Gesamtüberschuß von 44 Millionen Bushels ergeben. Bei einer höheren als der gegenwärtigen Rationierung würde sich jedoch ein Manko geltend machen. Da nun eine Erhöhung der Rationierung geplant ist, so wird praktisch mit einem Manko von 100 Millionen Bushels Getreide zu rechnen sein.

Der Waffenstillstand im Teilnehmer Schlesien.

Wie wir bereits meldeten ist zwischen den Polen und Tschechen im Teilnehmer Schlesien ein kurzer Waffenstillstand abgeschlossen worden. Krausener Blätter bringen die Nachricht, daß die Pariser Konferenz dazu beigetragen habe, den tschechischen Vormarsch zum Stehen zu bringen, da die Frage des tschechischen Schließens von der Friedenskonferenz gelöst werden würde. Wir verzeichnen hierüber nachstehende telegraphische Meldungen:

Kraus, 2. Februar. (P. A. T.)

(Funkspruch aus Paris, der Anfang ist verstimmt...) Was Schlesien anbelangt, auf das die Polen und die Tschechoslowaken Anspruch erheben, so wurde nach einer vom „Temps“ gebrachten Information festgestellt, daß die polnischen wie auch die tschechoslowakischen Abteilungen sich beiderseits von Teschen soweit zurückziehen werden, daß dem Intubierbezirk bis zur Regelung dieser Frage durch die Friedenskonferenz die Neutralität gesichert bleibt.

Kraus, 2. Februar. (P. A. T.)

Die Blätter veröffentlichen den folgenden Bericht der Verwaltungskommission: Nach Nachrichten aus Warschau hat das polnische Nationalkomitee in Paris auf der Friedenskonferenz eine grundsätzliche Stellung eingenommen. Diese besteht darin, daß ein eventueller Waffenstillstand in Schlesien einzig unter der Bedingung des Rückzugs der tschechischen Truppen auf die durch den zwischen dem tschechischen Nationalrat und dem tschechischen „Narodni Liber“ abgeschlossenen Vertrag vom 5. November 1918 bestimmte Linie erfolgen könnte. Das polnische Komitee in Paris rechnet damit, daß die ernste und entschlossene Haltung der polnischen Bevölkerung in Schlesien dazu beitragen werde, diesem Standpunkt des Komitees bei der Friedenskonferenz Anerkennung zu verschaffen.

Die Schlacht bei Konecny.

Kraus, 1. Februar. (P. A. T.)

Die „Nona Reform“ meldet aus Dowlina über die Schlacht bei Konecny das folgende: Eine Reservekompanie, bestehend aus Freiwilligen aus Sanbusch und Radomice, erhielt den Befehl, den feindlichen Druck aufzuhalten, und marschierten am Freitag der vergangenen Woche in Richtung Chybi ab. Am Sonnabend waren unsere Patrouillen eine starke Abteilung der Tschechen aus Chybi zurück. Hierauf entwickelte Hauptmann Haller seine Abteilung bei Male Konecny, wobei er rechts Febrzydowice mit der Abteilung des Leutnants Traub und links die Sanbuscher Kompanie als Flankenschutz hatte. Leutnant Traub entsandte eine Abteilung von 20 Mann, die 2 tschechische Kompanien schlug. Die Kräfte des Hauptmanns Haller betragen zusammen 500 Mann. Am Sonntag um 7 Uhr früh griffen 4 Kompanien Tschechen die Abteilung des Leutnants Traub an, und darauf 2000 Mann mit

3 Maschinengewehren das Zentrum, d. h. Hauptmann Haller. Es begann eine Schlacht, in deren Verlauf es den Tschechen gelang, unsere Linien zwischen Febrzydowice und Male Konecny zu durchbrechen. Darauf riefen sie in einer Stärke von 1000 Mann die Abteilung des Leutnants Traub an, der nach längerem Kampf, schwer verwundet, in Gefangenschaft geriet. Hauptmann Haller erhielt einen tödlichen Schuß in die Lunge. Haller befehlte sich und verschied. Die Tschechen raubten den Leichnam aus und ließen ihn im Schnee liegen. Dadurch war das Schicksal der polnischen Abteilungen entschieden. Von der ganzen Abteilung blieben 108 Soldaten zurück, die sich nach Dowlina zurückzogen. Der übrige Teil der Soldaten fiel oder wurde gefangen genommen. Es wurde festgestellt, daß die Zivilbevölkerung Schlesiens den polnischen Soldaten mit voller Opferwilligkeit zu Hilfe kam. Der Leichnam des Leutnants Haller wurde nicht gefunden.

Sozialistische Kundgebungen in Frankreich.

„Vorboten der Weltrevolution“.

Genfer Meldungen betonen, daß es vor einigen Tagen in ganz Frankreich zu sozialistischen Kundgebungen gekommen sei. Nachrichten darüber liegen bisher nur aus Paris vor. Die Pariser Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, war außerordentlich erregt. Der gleiche Vorgang, der in allen sozialistischen Kundgebungen der letzten Zeit zu beobachten war, hat sich wiederholt. Die Vertreter der äußersten Linken hindern die gemäßigten Vertreter des französischen Sozialismus am Sprechen. So ist Renaudel übermüdet am Abend verhindert worden. Cochon lobte zu Beginn der Versammlung die Tätigkeit Wilsons. Er erklärte unter dem Beifall der stark besuchten Versammlung, die russische und die deutsche Revolution seien nur die Vorboten der Weltrevolution. Nach Cochon erklärte sich Lorient, der dem linken Flügel des Allgemeinen Arbeitsbundes angehört, als entschiedener Anhänger des Bolschewismus. Er verwarf den Wilsonschen Konferenzvorschlag, in dem er eine Fülle für die russische Revolution erblickt. Als Renaudel dann die Tribüne bestiegen wollte, brach ein furchtbarer Tumult aus. Schimpfungen gegen Renaudel wurden laut, und eine große Menge rief: „Ni ber mit Renaudel, nieder mit Albert Thomas!“ Renaudet versuchte vergebens, Renaudel Gehör zu verschaffen. Er hat schließlich die Versammlung, die Anlagen gegen Renaudel auf der Tribüne zu präzisieren. Der Sozialist Etrol richtete hierauf von der Tribüne aus Angriffe nicht nur gegen Renaudel, sondern fast sämtlich sozialistischen Abgeordneten. Renaudel im besonderen habe die in Frankreich verbreiteten pazifistischen Flugblätter dadurch verächtlich, daß er andauernd erklärte, sie seien deutschen Ursprungs. Renaudel erwiderte unter großem Lärm, er habe in der Tat erklärt, daß der Lyon verbreitete Anruf mit dem Titel „Zu den Bolschewiken“ nicht von der französischen Arbeiterklasse herrühre, sondern aus Spanien importiert worden sei. Später sprachen noch Longuet, Solene Brion und Berliat. Die Versammlung blieb bis zum Ende äußerst unruhig.

Die Verner internationale Sozialistenkonferenz hielt unter den bisher erschienenen Delegierten eine vorbereitende Sitzung ab, die sich besonders mit der Frage des Stimmverhältnisses auf der kommenden Konferenz befaßte und die vorbereitenden Schritte zur Klärung der Völkerbundsfrage aufhob. Der Zentralrat stand der schweizerischen sozialistischen Partei auf einen Parteitag zu, und, was über die Teilnahme an der internationalen Konferenz schließend zu werden. Der Zentralrat hat mit 27 gegen 17 Stimmen einen Bescheid auf Teilnahme angenommen. Die „Lumière“ teilt mit, daß auf der ersten internationalen Sozialistenkonferenz in Bern am 3. Februar folgende Nationen vertreten sein werden: Frankreich, England, Italien, Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Estland, Lettland, Schweden, Belgien, Argentinien, Griechenland, Polen und Finnland.

Holländisch Neuwisbureau meldet aus Paris: Der schweizerische Sozialistenführer Branting ist zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz in Bern eingetroffen. Er hat sich in einer Pressekonferenz zwar sehr vornehm, aber doch optimistisch über die zu erwartenden Erfolge der Arbeiterkonferenz ausgesprochen. Er hob besonders die Unterredungen hervor, welche zwischen Henderson und Johnson stattgefunden haben und die seiner

Ausicht nach beweisen, daß man in der Pariser Konferenz großen Wert auf die Beratungen in Bern legt. Er glaubt zu hoffen, daß die Konferenz sich bald entscheiden wird, einen Mindestlohn für Arbeiter festzusetzen. Zwar sei es unmöglich, die Löhne auf der ganzen Welt nach einem Muster einzurichten und nach einem Maßstabe zu bemessen, da die Kaufkraft des Volkes überall verschieden ist und auch die Lebensverhältnisse nicht die gleichen sind. Aber doch glaubt Branting, daß es möglich wäre, einen Standardlohn zu verabreden, der dem Arbeiter überall wenigstens ein Existenzminimum garantieren würde.

Französische Befürchtungen vor dem Bolschewismus.

Die kürzlich verlaufene sozialistische Versammlung in Paris vom vorletzten Sonntag, in der selbst Longuet kaum sprechen konnte und die Versammlung vergebens beschwor, sich nicht von einer Handvoll Anarchisten leiten zu lassen, rief gewisse Befürchtungen in der bürgerlichen Presse hervor. Diese macht auf den bedenklichen Umstand aufmerksam, daß die sozialistischen Führer die Leitung der sozialistischen Bewegung verloren haben. „Die sozialistischen Führer“, schreibt der „Temps“, „werden von den Strömungen überflutet, die sie hervorgerufen haben. Es ist bedauerlich, daß die künstliche Agitation unter der Patronage Lenins und Trotski organisiert wird. Die sozialistischen Führer werden von den Parteimitgliedern bereits so behandelt wie die Volksschergen mit Mescham und Krepoffin umgegangen sind; sie werden von den neuen Elementen hinweggedrängt, die mit allen Mitteln das vermeintliche wollen, was sie die „Freiheit des Proletariats“ nennen. Der „Temps“ warnt die französischen Sozialisten und macht sie für diese terroristischen Treiben verantwortlich.

Strenge Maßnahmen der französischen Regierung gegen Streikdrohungen.

Unter den französischen Eisenbahnern ist eine ernste Bewegung ausgebrochen. Das Syndikat der Eisenbahner der „Paris-Orléans-Mediterranée“ hatte Streikdrohungen verlangt und da die Forderungen nicht bewilligt worden waren, so hatte der Sekretär Widol des Syndikates am letzten Sonntag eine drohende Geste ausführen lassen. Auf seinen Befehl hin wurde der gesamte Verkehr auf der P. O. M. eine Viertelstunde lang unterbrochen. Die Regierung hat diesen Fünftelstundensstreik sehr ernst aufgefaßt und hat Widol in Dijon verhaften lassen. Darauf hat der Nationale Verband der Eisenbahner, dem die Syndikate aller französischen Linien angehören, die Anwesenheit des Syndikats der P. O. M. zur Verbantssache erhoben. Der Verbandsschreiber Vignatray, begleitet von einigen sozialistischen Journalisten, hat sich zu Clemenceau begeben und die Freilassung Widols verlangt. Wie der „Lyoner“ „Progrès“ meldet, hat sie Clemenceau verweigert und erklärt, Widol werde vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Diese Erklärung hat in den Kreisen der Eisenbahner große Erregung hervorgerufen. Die Verhandlungen dauern jedoch an.

Versammlung der Bolschewisten in London.

Dem „Magnum Sanitätsblatt“ zufolge berichten die „Times“, daß am 18. Januar in London eine bolschewistische Versammlung abgehalten wurde, zu der nur Personen mit Eintrittskarten zugelassen wurden. In der Versammlung wurde die Organisation eines Generalstreiks als erster Schritt der Revolution besprochen. Die bolschewistischen Versammlungen beschränken im Vornahme vorband viel Anhänger zu haben und auch unter den Eisenbahnern und Transportarbeitern sich Anhänger verschaffen zu können. Es wurden Auskünfte erteilt, die für die Versorgung der Revolutionäre und ihrer Familien mit Brennstoff und Lebensmitteln sorgen sollten. Man hofft, daß im

Falle eines großen Streiks der Industriearbeiter in London und in der Provinz die Konvener Polizei und ein Teil der Polizei in der Provinz sich passiv verhalten wird.

Im Haag trafen Privattelegramme ein, die den Ausbruch eines Generalstreiks in England mitteilen. Es ist bisher nicht möglich festzustellen, ob die Nachricht wahr ist. Sie beweist jedenfalls, welchen Umfang die soziale Spannung in England erreicht hat.

Die Straßenkämpfe in Wilhelmshaven.

Niederlage der Spartacisten.

Aus Oldenburg wird dem „N. Z.“ unterm 28. Januar gemeldet: Wahrscheinlich durch Abgesandte der Bremer Kommunisten ist in Wilhelmshaven ein Aufstand hervorgerufen worden, der gestern in der Nacht zu heftigen Kämpfen führte. Die Menschenleben gekostet haben. Es ist noch nicht zu übersehen, welche Partei die angreifende ist. In Wilhelmshaven kann die Zahl der Kommunisten etwa 2000 betragen. Auf der rechten Seite stehen die sogenannten Berufs Soldaten, die Mehrheitssozialisten sein dürften, in der Mitte Präsident Ruhn als Unabhängiger, hinter ihm die aktiven Marine Soldaten und Werftarbeiter. Von sozialistischer Seite wurde aus Wilhelmshaven berichtet, daß Ruhn gestern verschwand und erst am Abend wieder auftaucht ist. Ob dies auf Wahrheit beruht, läßt sich bisher nicht feststellen. Selbstfalls ist von mindestens einem Schiffe ers die „Tausend-Mann-Kaserne“ beschossen worden. Ferner wird berichtet, daß von den Spartacisten zuerst 40 000 Mark, später eine Million Mark von der Reichsbank abgehoben worden seien. Die Berufs Soldaten hatten die Herausgabe des Geldes verlangt, und aus diesem Anlaß soll es zu den Kämpfen gekommen sein. Am späten Abend ist aus Oldenburg eine Abordnung des Oldenburger Soldatenrats und eine gleiche aus Bremen nach Wilhelmshaven abgegangen, um eine Schlichtung der Kämpfe herbeizuführen.

In einer amtlichen Darstellung der Vorgänge heißt es: Nachdem die Gewalt in der Festung Wilhelmshaven an die Spartacisten übergegangen war, hielten Telegraph und Eisenbahn sowie die Offiziere, Beamten und Ärzte ihre Tätigkeit ein. Es kam rasch zu Infanterie- und Artilleriekämpfen zwischen Berufs Soldaten und Spartacisten, die in die Tausend-Mann-Kaserne eingedrungen waren und dann entzweit wurden. Vor mittags herrschte eine starke Spannung zwischen den Berufs Soldaten und den Werftarbeitern, die sich bewaffnet hatten. Es kam zu kleineren Kämpfen. Auf Grund von Verhandlungen ist zunächst Ruhe eingetreten. Post und Eisenbahn streifen bis zur Erfüllung von Sonderforderungen, die noch nicht bekannt sind, weiter. Die beiderseitigen Verluste betragen ungefähr 6 Tote und 20 Verwundete.

Wie eine spätere Meldung besagt, sind in Wilhelmshaven die Spartacisten endgültig unterlegen. Sie hatten sich in der 1000-Mann-Kaserne verschanzt, die mit 6-Zentimeter-Flottilaronen beschoßen wurde. Die Spartacisten wurden zur bedingungslosen Übergabe gezwungen. Das Geld, das sie von der Reichsbank erpreßt hatten, und das insgesamt 1 060 000 Mark betrug, mußten sie herausgeben; angeblich sollen nur 20 000 Mark nicht wieder zurückgekehrt sein. Welchen Straßenkämpfen hat es 8 Tote und 30 Verwundete gegeben. Der Streik der Eisenbahner wegen Lohnforderungen dauert an; aber der Verkehr mit Wilhelmshaven ist von den besonnenen Elementen wieder aufgenommen worden.

Ueber Wilhelmshaven ist der Befehl gegeben, daß der Zustand verhängt worden.

Die Frage der rheinisch-westfälischen Republik.

Die Frage der rheinisch-westfälischen Republik ist der Entscheidung so nahegerückt, daß das „N. Z.“ Genaueres über die zu künstliche Gestaltung mitteilen kann. Die Frage der Umgründung des neuen Gebietes steht natürlich im Vordergrund. Aus bester Quelle wird gemeldet, daß man vermindert wird, folgende wirtschaftlich und landschaftlich eng zusammenhängenden Gebiete zu einer neuen Staatseinheit zusammenzufassen: Rheinland-Westfalen mit Einfluß von Ostfriesland im Norden und Hessen, Hessen-Nassau und die Pfalz im Süden und Südwesten. Als Hauptstadt kommt Köln in Betracht, das durch seine glückliche Lage im Zentrum des ganzen westlichen Reiches und kulturellen Lebens im deutschen Westen ist und weiter zu werden verpicht. Ein derartiges Gebilde dürfte die Kraft in sich tragen, den neuen Staatskörper zu geordneten Entwicklung zu bringen, nach Weiden ein Volkswort zu sein gegen alle Beeinflussungsgelüste, aber auch eine Brücke zu sein zur Verständigung zwischen dem süßigen Reiche und den ehemaligen Gegnern im Westen. Mit der Tendenz, den versöhnlichen Ausgleich herbeizuführen zwischen den alten Gegenseiten, sei die neue Republik politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art.

Lothales.

Loth, den 3. Februar.

Arbeitslosenfürsorge.

Am Sonntagabend fand im Magistratsgebäude eine Sitzung des Fürsorgekomitees für die Arbeitslosen statt. Den Vorsitz führte Herr Albrecht. Zugegen war auch der Delegierte des Arbeiterministeriums Herr Fialkowski. Zunächst wurde über die Tätigkeit des Zentralbüros des Komitees Bericht erstattet. Derselben entnehmen wir, daß in der Zeit vom 18. Januar bis zum 1. Februar 4576 Familien registriert wurden, kontrolliert wurden 21 924 Familien, Geld erhielten 31 772 Familien und zwar insgesamt 1 222 825 M. Vom 24. bis zum 31. Januar war die Ausgabe eingestellt, da eine strenge Kontrolle durchgeführt wurde. Im Heim für Arbeitslose befanden sich 190 Personen, von welcher Zahl 56 für öffentliche Arbeiten verwendet wurden. Der Unterhalt einer Person kostete 1,60 M. wöchentlich. In der Sitzung wurde mitgeteilt, daß das Arbeitsamt eine Partie Kleider zur Verfügung gestellt habe, die für die Massen des Heims verwendet werden sollen. Ferner wurde die Angelegenheit der Verteilung von Lebensmittel an die Arbeitslosen anstelle des Geldes besprochen. Der Erste Bürgermeister Skulski gab eingehende Erklärungen. Er teilte mit, daß während seiner letzten Anwesenheit in Warschau diese Frage in den ministeriellen Konferenzen besprochen wurde; er habe sich dahin geäußert, daß der Übergang zur Naturalisierung nur dann möglich sei, wenn das Ministerium die Lieferung der Lebensmittel sicherstellen werde. Unter den jetzigen Verhältnissen könne die Stadt Loth genügend Mengen Lebensmittel nicht erhalten, um die Arbeitslosen regelmäßig zu versorgen. In dieser Angelegenheit wird dem Arbeitsministerium eine Denkschrift des Komitees zugehen.

Ferner wurde die Verteilung der ärztlichen Hilfe an die Arbeitslosen besprochen. Gegen Vorweis eines Ausweises des Komitees wird ihnen die Anwesenheit des Magistrats die nötige ärztliche Hilfe zuweisen.

Darauf wurde über die öffentlichen Arbeiten beraten. Es wurde ein Schreiben des Delegierten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Dr. Ing. Wierbielski verlesen, in welchem mitgeteilt wird, daß Ing. Wierbielski während der Arbeitslosigkeit

ständig in Loth amtiert und seine Kanzlei in der Petrikauer Straße 82 haben werde. Ferner teilte er mit, daß folgende Angelegenheiten im Gange sind: Die Aufnahme von Arbeitslosen in Loth; Studien zum Bau einer Autobahn um den südlichen Teil von Loth; Reinigung der Landwege; Unterhandlungen über Inbetriebnahme der Regellein und Fabriken usw. In der Frage der öffentlichen Arbeiten erteilte auch der Erste Bürgermeister Skulski Auskunft. Zur Aufnahme öffentlicher Arbeiten wird Loth über 2 1/2 M. M. verfahren, so daß eine bedeutende Zahl von Arbeitslosen Beschäftigung finden wird. Den Arbeitslosen wird vom Ministerium zur Pflicht gemacht werden, bei den öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosen zu verwenden. Auch bei verschiedenen Eisenbahnarbeiten werden die Arbeitslosen Beschäftigung finden. Ferner werden in Loth Kanalarbeiten für die Summe von 6 Millionen Mark ausgeschrieben werden, welche die Stadt hierzu keine Mittel besitzt, es sind jedoch Ausschichten vorhanden, die durch eine Anleihe zu erhalten.

Die Frage der Fürsorge für die Veteranen vom Jahre 1863 wurde bis auf weiteres zurückgestellt. In Sachen der zurückgekehrten Kriegsgefangenen wurde mitgeteilt, daß sie dieselben Rechte wie die Arbeitslosen haben, so daß sie vom Komitee Geldunterstützungen erhalten können. Zu ihrer Versorgung mit Kleidungsstücken stehen dem Komitee 600 000 Mark zur Verfügung.

Generalsuperintendent Pastor Bursche begibt sich zusammen mit den Mitgliedern des polnischen Büros für die Friedenskonferenz nach Paris, um an den Arbeiten dieser Institution teilzunehmen.

Vor den Stadtverordnetenwahlen. Die Listen der Wähler für die Stadtverordnetenwahlen sind bereits angefertigt. Jedermann ist verpflichtet nachzugehen, ob er in die Wählerlisten eingetragen ist. Die Adresse seines Wahlbezirks erfährt er aus der diesbezüglichen Bekanntmachung, die das Wahlkomitee an seinem Hause anbringen ließ. Aus den Erfahrungen bei den Landtagswahlen sollen die Wähler gut rat haben, daß spätere Reklamationen keine Berücksichtigung finden können. Damit keine einzige Stimme verloren gehe, laute jeder Deutsche nach, ob er am 23. Februar wählen wird.

Da bei den Landtagswahlen viele Personen des Wahlrechts veräußert gingen, weil ihre im deutschen Paß mit der polnischen Eintragung des Wohnortes nicht übereinstimmten, wandte sich die jüdische Gemeindeverwaltung an das Hauptwahlkomitee mit dem Antrag, zu versichern, daß die Ortskomitees den Wählern keine Hindernisse in den Weg legen sollen. In zweifelshaften Fällen sei die Gemeindeverwaltung bereit, Bescheinigungen zu verabschieden, die die Identität der Namen der Wähler bestätigen.

Der Bürgerklub hat beschlossen, für die bevorstehenden Wahlen ein Wahlkomitee zu gründen.

Eine deutsche Volksversammlung fand am Sonntag nachmittag im großen Saale des Männergesangsvereins statt. Sie war von der Deutschen Volkspartei zu dem Zweck einberufen worden, um die Deutschen in Loth auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtratswahlen aufmerksam zu machen. Landtagsabgeordneter Wolff sprach über die Aufgaben und Ziele der Deutschen Volkspartei, Gymnasialdirektor Pollak über die Rolle, die die Deutschen namentlich in wirtschaftlicher Beziehung in Polen spielen. Oskar Frieze erläuterte die Stellung der deutschen Arbeiter zur Volkspartei und Stadtverordneter Fiedler sprach über die Vorzüge Deutschen in der Stadtverordnetenversammlung. Wie immer bei solchen Versammlungen, ergriffen auch Vertreter der Kommunisten-Partei das Wort und legten ihre genugsam bekannten Theorien dar.

Die Berge der Jugend.

Roman von Franz Wollf.

(2. Fortsetzung).

Weilguni war in der „Burg“ gewesen! Ein Wunderreich hatte sich vor ihm aufgetan, und seine empfindliche Phantasie kam nicht mehr zur Ruhe. Er ist mit Jaronie und schmeigte in der bewundernden Versproch der „Mitarbeiter“, er vernahm noch immer mit staunender Bewunderung die untrüglichen deutschen Worte des Götze, und seine kindliche Seele war sehr sehr stark nach einem Posa. Die Wolter, Weisheit, Gabilon, Baumhäuser, Sonnenhäuser, Lebewesen und Kräfte waren seine Heiligen geworden. Und er konnte sie doch nicht höher ehren, als daß er immer und immer wieder die prächtigen Worte las, die sie so unfaßbar schön gesprochen hatten.

Aber bald wollte er den Wohlklang der Verse auch hören! Ohne von anderen Menschen, die seinem Hause fern standen, gestört zu werden. Und dazu schien ihm die Einsamkeit des kleinen Bodensitzes, vor dessen Fensterchen die heiße Luft strömte, wie geschaffen.

Auf einer Kiste liegend, bestaunte er mit Wacht, das Wort durch Hand- und Fußbewegungen kraftvoll unterbreitend. „Mu, kraftvoll — denn plötzlich trachte und Lachte es und, durch den gebrochenen Fadel brechend, sah er in der Kiste.

Sah auf Wäldern! Lustigen Auges begann er zu kramen und hatte bald alles um sich herum vergessen in rastlosem Reizen.

Er verfiel alles, wie es ihm gerade in die Hand kam. Vom kindlichen Geistesroman „Wald der Wanderer“ über die Höhe Walter Scotts bis

er zu Kopke herunter, um dann in lärmendem Schwung wieder zur reinen Größe Goethes und Schillers aufzuschwellen.

Und er las so laut, daß er fast zu schreien begann. Die Lustige brachte keine Begeisterung auf den Gesichtspunkt, was sich schon äußerlich dadurch offenbarte, daß er den Eindruck eines im Dampfbad Schwelgen machte.

Nur fand er plötzlich, daß ihm zur Krönung seiner Herrlichkeit etwas fehlte: begeisterte Zuhörer, wie er solche im Theater gesehen hatte!

Die mußte er sich finden!

Da gab es im Haus zwei Buben, die aus verschiedenen Berufsweigen stammten: Der Vater von Kover war Metzger, der des Vaters Stellungs- ausstager. Daß zu beiden Lebensbetätigungen wissenschaftliche Vorbildung gehörte, lag für die Buben auf der Hand. So begann auch Weilguni einzulernen, daß sie die Vertreter des Ingenieurs im Haus waren.

Kover, der gegenwärtig ins elfte Jahr und augencheinlich aus tiefgründigem Wissensdrang zum drittenmal in die vierte Volksschulklasse ging, war ein Weltmann, der fremde Völker kannte.

Darunter verstand er die verarmten Sachsen, die nach Schicksalsschlag auch in dem Spital, in dessen Kapelle sein Vater den Dienst versah, von den Wienern mit rührender Bundesstreue gebärdet wurden. Ueberdies war der Kover auch ein Streiber, denn er wollte einen kameradschaftlichen Zaubersänger, der es nach langem Sparen endlich zu einem Paar Pfautauben gebracht hatte, mit einem Mal überbieten.

Dies liegt sich aber nur machen, wenn er auf dem Boden einen Raum besah, um sich dort einen Schlaf zu zimmern für die Tauben, die ihm glückliche Zufallfügungen erst aufzuheben sollten.

Und diesen Raum hoffte er sich durch gezieltes Interesse an der deutschen Literatur und durch respektvolle Bewunderung von Weilgunis Vortragskunst zu verdienen.

Er sah in schön gemachter Elfaße und horchte mit offenem Mund. Ob Drama, Gedicht, Roman oder Rittergeschicht — das war ihm alles gleich. Seine geradezu rührende Anteilnahme kannte keine Grenzen. Und wenn der starrköpfige Herr brummte:

„Die Geschichten sind ja ganz schön. Aber's Dichten ist auch viel leichter als's Zeitungs-schreiben! Warum, weil einem da jeden Moment was einfallen muß, sagt mein Vater, denn versteht, weil er von der Zeitung ist!“

Dann sah Kover mit einem Blick unfassbarer Geringschätzung auf ihn herunter und sagte mit Leichtigkeit:

„Du verstehst was Rechts! ... Soll uns der Weilguni vielleicht gar aus der Zeitung vorlesen? — Da hör' ich doch zehnmal lieber die „Märber“ an! Denn da steht meistens was interessantes, daß es mit einem noch lang nicht Matthei am Leben zu sein braucht, wenn einem die Volksschullehrer arge's Leben verleben.“

Als der Kover aber seinen Farbenschatz durch Weilgunis Proklamation glücklich erschöpft hatte, erlahmte plötzlich sein Interesse an den Schönheiten deutscher Literatur in sehr bescheidenen Maße.

Und da Bertl wiederum die Zeitungs-ekstase stichlich heben wollte, so war er bereit, die Väteranzahl möglichst dadurch zu vermindern, daß er alle Wände, die ihm Weilguni lieb, bei einem Anknar mehr oder minder vorteilhaft in Geld verwandelte.

In Folge dieser beifälligen, auf das Bildungsbedürfnis arge Schatten werfenden Umstände

mußte sich Weilguni entschließen, die Vortragsnachmittage auszulassen.

Aber es war nicht allzuviel Zeit verlossen, so hatte seine rege Seele ein Deros gesungen genommen, der berufen war, die Welt zu erobern und verschrenkerisch wie ein Gott zu beglücken — Richard Wagner.

3.

Ernst Trapp hatte seinen Kameraden Weilguni in das Haus seiner Eltern eingeführt.

Das Haus eines Wiener hohen Beamten war in jenen Tagen ein Reich für sich. Man war in seinem Umgang sorgfältig darauf bedacht, nur die absolut konservativen Elemente an sich zu ziehen. Im übrigen türmte sich eine unüberdringliche Mauer gegen die Außenwelt. Selbst wenn der häusliche Verkehr größere Formen annahm, so wurden doch die neu Einwandenden einer genauen Prüfung unterzogen. Berücksichtigung fanden überhaupt nur die Erben der höheren Beamenschaft und ein paar Kunstfreunde. Dazu kamen, als Ernst in die höheren Klassen aufstieg, einige Gumnasialisten. Auch da nahm man mit Vorliebe Rücksicht auf den Stand der Eltern, und es hatte der ganzen Ueberhebungsart Ernst bedurft, um Weilguni ins rechte Licht zu setzen, was ihm auch nur dadurch gelang, daß er immer wieder den Goldkragen hervorhob, den dessen Vater sicher bekommen hätte.

Aber Weilguni vermochte in dem fremden Kreis nicht recht an Widen zu gewinnen. Er war nicht schön; aber die Unterhaltung, wie sie für die jungen Männer mit ebnförmigen Mädchen führten, war ihm fremd und unbehaglich.

Fortsetzung folgt.

